



## Antrag

der Fraktion DIE LINKE

### **Versorgung durch Hebammen und Geburtshelfer sicherstellen- Einkommenssituation von Hebammen und Geburtshelfer verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Runden Tisch zu initiieren mit dem Ziel Lösungswege zu entwickeln, die die Versorgung durch Hebammen und Geburtshelfer sicherstellen und die Einkommenssituation von Hebammen und Geburtshelfern verbessern und sich nachfolgend für die Umsetzung dieser Lösungen auf Bundesebene einzusetzen.

#### Begründung:

Seit dem Jahre 2007 liegt die Verantwortung für die Höhe der Honorare für Hebammenleistungen nicht mehr bei der Bundesregierung, sondern beim GKV-Spitzenverband und den Hebammenverbänden. Diese vereinbaren durch Verhandlungen unter Beachtung der Rechtsvorschriften des SGB V die Honorare. Seit dem Jahre 2007 hat es keine Gebührenanhebung gegeben.

Bei dem Rückzug der Bundesregierung aus ihrer Verantwortung für die Festlegung der Vergütung von Hebammen und Geburtshelfern hat die Bundesregierung versäumt, Art und Umfang der Hebammenhilfe verbindlich gesetzlich festzulegen. Während andere Heilberufe ins SGB V überführt worden sind, ist die Hebammenhilfe weiterhin in der Reichsversicherungsordnung geregelt. Im Zuge einer

klaren Festlegung von Art und Umfang der Hebammenhilfe ist auch die Honorierung verbindlicher und stärker im Sinne der wirtschaftlichen Belange der Hebammen und Geburtshelfer zu regeln. Es ist nicht nachvollziehbar, dass bei Ärztinnen und Ärzten trotz des Gebotes der Wirtschaftlichkeit in den letzten Jahren Honorarsteigerungen um mehr als 20 Prozent stattgefunden haben und Honorarerhöhungen bei den Hebammen und anderen Heilberufen unter Berufung auf das Wirtschaftlichkeitsgebot unterbleiben.

Zum Juli 2010 stiegen zudem die Haftpflichtversicherungsbeiträge so stark an, dass die Existenz der meisten Hebammen und Geburtshelfer akut gefährdet ist. Mithin droht der Rechtsanspruch jeder Frau aus dem Mutterschutzgesetz auf Hebammenleistungen nicht mehr gewährleistet zu sein.

Laut der Vorsitzenden des Hebammenverbandes Schleswig-Holstein hat jede fünfte freiberufliche Hebamme in Schleswig-Holstein die Geburtshilfe daraufhin aufgeben müssen. Dies übertrifft den Bundesdurchschnitt, nach dem laut Angaben des Deutschen Hebammenverbandes seit Juli 2010 bundesweit 15 Prozent der Hebammen und Geburtshelfer ihre Arbeit aufgeben mussten.

Zur Entwicklung von Lösungswegen zur Sicherstellung der Versorgung- insbesondere im ländlichen Raum- durch Hebammen und Geburtshelfer sowie zur Verbesserung der Einkommenssituation von Hebammen und Geburtshelfern ist es notwendig, einen Runden Tisch ins Leben zu rufen und sich für die Umsetzung gefundener Lösungen auf Bundesebene einzusetzen.

Ranka Prante  
und Fraktion